

WAHLEN 2023
30 Vorschläge des Handwerks
#ZukunftHandwerk

*Vorschläge für die Zukunft des Handwerks,
der Handwerker und der luxemburgischen Gesellschaft.*



November 2022

Editorial

Vorschläge für die Zukunft des Handwerks, der Handwerker und der luxemburgischen Gesellschaft. Im Vorfeld der legislativen und kommunalen Wahlen von 2023 stellt die Handwerkskammer den politischen Parteien einen Katalog mit 30 konkreten Vorschlägen zur Verfügung, die darauf abzielen, die Attraktivität des Handwerks zu stärken und das Land auf solide Grundlagen zu stellen. Diese Vorschläge sollen zur Gestaltung der Wahlprogramme beitragen und unter der Leitung einer künftigen Regierung schnell eine gesetzliche oder regulative Umsetzung finden, um positive Auswirkungen zugunsten der Handwerker und der luxemburgischen Gesellschaft zu erzielen.

Das Handwerk ist mit 20 % der nationalen Beschäftigung der größte Arbeitgeber Luxemburgs und ein wichtiger Sektor in der nationalen Wirtschaft. Handwerksbetriebe tragen zur Lebensqualität der Bürger, zur wirtschaftlichen Dynamik und zur Resilienz des Landes bei, insbesondere als Treiber der nachhaltigen Entwicklung. Sie sind Partner und Schlüsselakteure in allen entscheidenden Bereichen der Entwicklung der luxemburgischen Gesellschaft, sei es bei Wohnen und öffentlicher und privater Infrastruktur, Energieumstellung und Mobilität, Lebensmittelsicherheit, Kreislaufwirtschaft, Hygiene und Wohlbefinden oder der Berufsausbildung - über handwerkliche Lehre - als Mittel zur Übertragung von Know-how zwischen Generationen.

Um ihre Mitglieder zu unterstützen, erfüllt die Handwerkskammer täglich wesentliche Aufgaben in jeder Phase des Unternehmenslebens nach dem Motto "Handwerk in der Welt von morgen zu imaginieren und zu unterstützen".

Wie die Wirtschaft insgesamt ist das Handwerk derzeit mit einer Polycrisis konfrontiert: der COVID-19-Pandemie, den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts auf die Preise verschiedener Produkte und Materialien, der galoppierenden Inflation sowie der schrittweisen Vorbereitung auf die Energiewende zur Bekämpfung des Klimawandels. Der Sektor hat in allen vergangenen Krisen eine erhebliche Stabilisierungsfunktion bewiesen und hat immer gewusst, seine Vorteile zu nutzen.

Es wird mehr denn je darum gehen, diesen zukunftsträchtigen Sektor durch entscheidende Maßnahmen zu begleiten, die ihm helfen, aus der derzeitigen tiefen Krise herauszukommen und sich im Hinblick auf die identifizierten strategischen Fortschrittsachsen zu entwickeln. Diese sollten politisch in einer "Roadmap ZukunftHandwerk" verankert werden, die sich in die Logik eines neuen nachhaltigen Wirtschaftsmodells für Luxemburg einfügt.

Da das Handwerk nachhaltiges Wachstum fördert und Arbeitsplätze sichert und handwerkliche Familienunternehmen als Akteure vor Ort ein wichtiger Pfeiler für die nachhaltige Erholung der luxemburgischen Wirtschaft sind, hat die Vollversammlung der Handwerkskammer 30 Vorschläge ausgewählt, um den Herausforderungen des Sektors zu begegnen, die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksbetriebe zu stärken und den Alltag der Handwerker sowie der Bürger im Allgemeinen zu verbessern.

Tom Oberweis

Präsident der Chambre des Métiers Luxembourg

Alex Kieffer & Paul Nathan

Vize-Präsidenten der Chambre des Métiers Luxembourg

#ZukunftHandwerk

Das Handwerk ist im Aufschwung! Seit Jahren, ja sogar Jahrzehnten, erlebt die Branche eine nachhaltige und stetige Entwicklung. Als berufsständische, wahlberechtigte und verpflichtend zuordenbare Kammer repräsentiert die Handwerkskammer 8.500 Unternehmen (d.h. 21% der Unternehmen in Luxemburg). Der Sektor verzeichnet 103.000 Arbeitsplätze (d.h. 20% der nationalen Beschäftigung) und 1.750 Auszubildende. Das Handwerk ist daher das "1. Unternehmen" und der "1. Ausbilder" in Luxemburg. Das sozioökonomische Potenzial des Sektors lässt sich in folgendem Motto zusammenfassen:

« L'Artisanat construit l'Avenir du Luxembourg »
(Das Handwerk baut die Zukunft Luxemburgs auf)

Wenn auch die Rolle des Handwerks in der luxemburgischen Gesellschaft erheblich ist, vor allem durch seine verwurzelten Aktivitäten und Arbeitsplätze vor Ort sowie die Steigerung der Lebensqualität der Bürger durch individualisierte Dienstleistungen und qualitativ hochwertige Produkte, sind die Herausforderungen, mit denen der Sektor konfrontiert ist, beträchtlich, insbesondere:

- Mangel an qualifizierten Arbeitskräften
- Mangel an Standorten für die Ansiedlung von Unternehmen
- Zunehmender Wettbewerb auf den nationalen Märkten
- Integration neuer Technologien (u.a. ökologischer und digitaler Wandel)
- "Verkomplizierung" des rechtlichen und regulatorischen Rahmens
- Begrenzte Ressourcen und Störungen in den Lieferketten
- Berücksichtigung der Vereinbarkeit von "Beruf und Familie" und Veränderungen in der Arbeitswelt
- Kundenanforderungen und neue Trends bei Verbrauchern.

Trotz all dieser Herausforderungen sieht das Handwerk in der durch Innovation geschaffenen Dynamik, insbesondere in der Ökoinnovation und der Energiefrage sowie neuen Technologien, eine echte Chance für die Zukunft, die durch einen proaktiven politischen Rahmen gefördert werden muss. Um das Handwerk im Kontext der für 2023 geplanten Wahlen zu positionieren, präsentiert die Handwerkskammer in diesem Dokument 30 politische Vorschläge, die auf sieben große Bereiche verteilt sind, die als vorrangig für das Handwerk und die Zukunft der luxemburgischen KMU angesehen werden:

- Förderung von Kompetenzen und lebenslangem Lernen
- Stärkung der Attraktivität des Handwerks in einem Kontext tiefgreifender Veränderungen
- Umwelttransition als Faktor für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung
- Innovation und digitale Transformation als Wettbewerbshebel nutzen
- Bessere Bewältigung der Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Wachstums (Aspekte der "Raumplanung")
- Anpassung der Arbeitsorganisation an die Herausforderungen der KMU im "Arbeitswelt 4.0"
- Aufbau eines modernen, gerechten Staates, der Chancengleichheit gewährleistet.

Die 30 Vorschläge auf einen Blick:

I. « Förderung von Kompetenzen und lebenslangem Lernen »

- 1 - Die Attraktivität der Lehre erhöhen.
- 2 - Das System der Schullaufbahn modernisieren.
- 3 - Die Ausbildungslinie "BAC / DAP" ("BAC / Handwerk") als neues Ausbildungsmodell einführen.
- 4 - Neue Anreize für Lehrlinge schaffen ("neue Pauschalprämie"), gekoppelt an ein neues Finanzierungsschema für Ausbildungsvergütungen.
- 5 - Einen kompensatorischen Rückzahlungsmechanismus ("Ablösesumme") einführen, falls der Lehrling / Angestellte das Ausbildungsunternehmen in Richtung Staat oder Gemeinden verlässt.
- 6 - Eine nationale Kompetenzstrategie einführen, die den sektoriellen Bedürfnissen nahekommt.
- 7 - Die "kollektive Zugänglichkeit" zur beruflichen Weiterbildung auf Unternehmensebene (Kofinanzierung) weiter unterstützen.
- 8 - Das Markenimage des Handwerks in Luxemburg stärken.

II. « Stärkung der Attraktivität des Handwerks in einem Kontext tiefgreifender Veränderungen »

- 9 - Fachkräftemangel: Handwerker-Talente anziehen und binden.
- 10 - Neue Finanzierungsmöglichkeiten einführen.
- 11 - Energiewende, Digitalisierung und Unternehmensnachfolge durch steuerliche Maßnahmen fördern.
- 12 - Das staatliche Beihilferegime zugunsten von KMU reformieren.
- 13 - Den Status des Selbstständigen aufwerten.
- 14 - Das Mechanismus zur Preisanpassung von Baumaterialien im öffentlichen Bauwesen anpassen.

III. «Umwelttransition als Faktor für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung »

- 15 - Unternehmen bei ihren Bemühungen zur Dekarbonisierung und Umsetzung eines umfassenderen Ansatzes für die "Corporate Social Responsibility" (CSR) begleiten.
- 16 - Einen Rahmen schaffen, um die Kreislaufwirtschaft in Luxemburg zu stärken.

IV. « Innovation und digitale Transformation als Wettbewerbshebel nutzen »

- 17 - Unterstützung von Innovations- und Digitalisierungsbemühungen in Unternehmen
- 18 - Reduzierung der Verwaltungslast für Unternehmen und Vereinfachung der Verfahren fördern.

V. « Anpassung der Arbeitsorganisation an die Herausforderungen der KMU in der "Arbeitswelt 4.0" »

- 19 - Eine flexiblere Arbeitszeitorganisation einführen, die den Bedürfnissen der Unternehmen angepasst ist.
- 20 - Die Arbeitsbeziehungen modernisieren und den staatlichen Sozialhaushalt auf der Grundlage der Kriterien "Nachhaltigkeit - Selektivität" organisieren.

VI. « Bessere Bewältigung der Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Wachstums (Aspekte der Raumplanung) »

- 21 - Eine angemessene (bezahlbare) Wohnpolitik entwickeln.
- 22 - Das Angebot an geeigneten Standorten für Handwerksunternehmen ausbauen (insbesondere in regionalen Wirtschaftszonen).
- 23 - Initiativen zur Mobilitätsförderung in Luxemburg priorisieren.
- 24 - Ein dezentrales Netz von Deponien für inerte Abfälle schaffen.
- 25 - Spezifische Verwaltungskosten im Bereich Stadtplanung reduzieren und die entsprechenden Verfahren vereinfachen.

VII. « Aufbau eines modernen, gerechten Staates, der Chancengleichheit gewährleistet »

- 26 - Eine antizyklische Politik umsetzen (mit dem Ziel, das Defizit allmählich abzubauen und die Schuldenlast mittel- bis langfristig zu verringern, während der Wirtschaftsaufschwungphasen).
- 27 - Investitionsausgaben für die Zukunft priorisieren.
- 28 - Die Betriebsausgaben durch eine verstärkte Digitalisierung der Verwaltung und eine moderierte Entwicklung der Personalkosten im Griff behalten.
- 29 - Rückstände der Vergangenheit aufholen und sicherstellen, dass das Volumen der öffentlichen Investitionen den Bedürfnissen entspricht.
- 30 - Die Nachhaltigkeit des Rentensystems garantieren.

30 VORSCHLÄGE ...

... und detaillierte politische Initiativen, die von der Chambre des Métiers empfohlen werden

I. Kompetenzen und lebenslanges Lernen stärken...

Das Handwerk ist das "erste Ausbildungsunternehmen" des Landes mit insgesamt 1.756 Lehrlingen im Jahr 2021, einem Rekordjahr in Bezug auf Ausbildungsplätze (+36%) und somit einer hohen Anzahl neuer Ausbildungsverträge (+5%). Diese Entwicklungen sind ein wichtiger Hinweis auf den dringenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in der Branche, die sich durch Ausbildungen in 62 verschiedenen handwerklichen Berufen CCP, DAP und DT auszeichnet (ohne grenzüberschreitende Ausbildung).

Angesichts des erheblichen Bedarfs an qualifizierten Arbeitnehmern wird es für das nationale Bildungssystem und insbesondere für die berufliche Ausbildung in Zukunft wichtig sein, mehr qualifizierte junge Menschen zu generieren, die an einer Karriere im Handwerk interessiert sind.

Neben ihrer primären Aufgabe, die auf die Vorbereitung zur beruflichen Selbstständigkeit und die Ausbildung von Lehrlingen ausgerichtet ist, bereitet die Meisterprüfung, die derzeit reformiert wird, auf Führungs- und Aufgaben in der Überwachung von Handwerksbetrieben vor. Sie ist das zentrale Element der traditionellen "Handwerkskarriere", die sowohl berufliche als auch persönliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet (DAP -> Meisterprüfung -> Gründung eines Unternehmens / Ausbildung von Lehrlingen - Weiterbildung / Hochschulbildung).

Die Attraktivität des Luxemburger Handwerks zeigt sich auch in der Umsetzung des Prinzips des "lebenslangen Lernens" für alle Arbeitnehmer - unabhängig von ihrem Alter. Es ist entscheidend für ein Unternehmen, auf kontinuierlich kompetente Mitarbeiter zählen zu können. Es ist eine Tatsache, dass die wirtschaftliche Dynamik auf der Innovationsfähigkeit der Unternehmen beruht, die wiederum direkt von den Fähigkeiten und der Kreativität der Mitarbeiter abhängt. In diesem Sinne ist lebenslanges Lernen für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung und ein wesentlicher Bestandteil seiner Strategie, die es selbst beherrschen muss.

Der Mangel an Arbeitskräften könnte einerseits die Unternehmen von den für ihre Tätigkeiten und Entwicklung notwendigen Fähigkeiten und andererseits das Land von seinen zukünftigen Reichtümern durch eine allgemeine Gefährdung der Wirtschaft berauben. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, Unternehmen bei der Entwicklung der für ihren Betrieb und ihr Wachstum erforderlichen technischen und beruflichen Fähigkeiten zu unterstützen. Eine solche Herangehensweise ermöglicht es auch, die zukünftige Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu gewährleisten.

Angesichts des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften, des Mangels an Beschäftigungsfähigkeit vieler Arbeitssuchender im Vergleich zu den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Mängel im Bildungssystem ist die Entwicklung von zukünftigen Kompetenzen und Bildung (sowohl initial als auch kontinuierlich) die wichtigste zukünftige Herausforderung Luxemburgs, insbesondere im Kontext der Umsetzung der in den kommenden Monaten offiziell zu bestimmenden "nationalen Kompetenzstrategie".

1

Durch Erhöhung der Attraktivität der Lehre/Ausbildung

- Stärkung der Werbung für die Lehre bei verschiedenen Zielgruppen (Jugendliche, Eltern, Unternehmen, breite Öffentlichkeit usw.)
- Stärkung der Rolle des "Matchmakers" im Handwerk, um das Ungleichgewicht von Lehrstellenangebot und -nachfrage zu verringern
- Positionierung des Diploms der Berufsfähigkeit (DAP) als Referenzausbildung
- Entwicklung neuer Lehrmodelle (u.a. betriebliche Ausbildung)
- Entwicklung von Brücken im Bildungsweg (DAP - DT - BAC)
- Aktive Förderung der grenzüberschreitenden Lehre (Fortsetzung des ständigen Anpassungsprozesses der Gesetzgebung zur beruflichen Ausbildung (u.a. neue "Berufe" und damit Handwerksausbildungen)
- Schaffung eines neuen "Fonds zur Förderung der Lehre", der vom Beschäftigungsfonds finanziert wird
- Fundamentale Reform der Finanzierung von Ausbildungsentschädigungen und der Gestaltung des Ausbildungsprämien-systems (durch den neuen Fonds oder den Staatshaushalt)
- Entwicklung von alternierenden Bildungssystemen auf allen Ebenen des Luxemburger Qualifikationsrahmens (CLQ) (u.a. duales Ausbildungskonzept für Programme im Hochschulbereich)
- Reform der Karrieren beim Staat und den Gemeinden auf Basis von niedrigeren Einstiegsgehältern, die weniger attraktiv sind.

2

Durch Modernisierung des Scholorientierungssystems

- Berücksichtigung der technischen und manuellen Fähigkeiten junger Menschen in gleichem Maße wie ihrer Sprach- und Mathematikkenntnisse (keine "Fehlerorientierung" bei der Orientierung)
- Überarbeitung des Orientierungsprozesses in Verbindung mit einem Beratungs- und Begleitungsansatz (Coaching in den Klassen 7 und 6 für Schüler mit spezifischen Bedürfnissen)
- Verallgemeinerung des Einsatzes des Eignungstests "Basic-check" in den Klassen 5 mit Übernahme der Ergebnisse in das Zeugnis
- Entwicklung mehrsprachiger (insbesondere französischsprachiger) und "soft skills" -Programme in der Erstausbildung (Integration in bestehende Kurse)
- Konstante Anpassung der Lehrpläne und vermittelten Fähigkeiten (unter anderem in Bezug auf die benötigten Kompetenzen in der Wirtschaft)
- Systematisierung von Austausch- und Begegnungsplattformen, an denen alle Akteure der Berufsbildung beteiligt sind (Schulen, Arbeitgeber, Studenten, Behörden, Eltern usw.)

3

Durch die Einführung des Ausbildungswegs "BAC/DAP" ("BAC/Handwerk") als neues Ausbildungsmodell

- Einführung des Ausbildungswegs BAC/DAP für eine Auswahl an DAP-Ausbildungen

4

Durch die Schaffung neuer Anreize für Auszubildende ("neue Pauschalprämie") in Verbindung mit einem neuen Schema zur Finanzierung der Ausbildungsvergütung

- Ersetzung der derzeitigen Ausbildungsprämien, die mit dem erfolgreichen Abschluss des Schuljahres verbunden sind, durch einen Pauschalbetrag (zu Lasten des Fonds pour l'emploi)
- Vollständige Übernahme der Ausbildungsvergütungen (auf dem aktuellen Niveau) durch den Fonds pour l'emploi (siehe neuer Fonds für die Förderung der Ausbildung)

5

Durch die Einführung eines kompensatorischen Rückerstattungsmechanismus ("Ablösesumme") für den Fall, dass der Auszubildende / Mitarbeiter das Ausbildungsunternehmen verlässt, z.B. in Richtung Staat oder Gemeinden

- Einführung einer Schulungsentschädigung ("Ablösesumme"), die von der einstellenden Person an diejenige Person gezahlt wird, die von einer anderen Person ausgebildet wurde (im Ausbildungsbereich oder im Bereich der Meisterprüfung)

6

Durch die Implementierung einer nationalen Kompetenzstrategie („skills“), die den sektoriellen Bedürfnissen nahe kommt

- Förderung bestehender Maßnahmen und Werkzeuge (nach einer Bewertung dieser)
- Zentralisierung aller Informationen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung (sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer) in einer zukünftigen nationalen "Plattform" mit dem Ziel einer nachhaltigen, proaktiven Herangehensweise zur Ermittlung vom Schulungsbedarf und Schulungsplänen.
- Schaffung einer "Struktur für individuelle Begleitung" (vor allem für kleine Unternehmen), um sie über Werkzeuge und Maßnahmen zu informieren und sie bei der Umsetzung von Schulungsplänen zu unterstützen.
- Stärkung der gemeinsamen Finanzierung für Unternehmen („kollektiver Zugang“)
- Ausweitung der Aufgaben des INFPC als nationale Koordinationsstelle für Initiativen im Bereich "Kompetenzen" und "berufliche Weiterbildung".
- Unterstützung der beruflichen Weiterbildung während des gesamten Arbeitslebens des Arbeitnehmers (über das bestehende Instrument des "individuellen Schulungsurlaubs").

- Gezielte Reform des Verfahrens zur Validierung von Erfahrungsnachweisen (VAE) unter gleichzeitiger Verpflichtung des Kandidaten zur praktischen Umsetzung.

7

Durch eine verstärkte Unterstützung des "kollektiven Zugangs" zur beruflichen Weiterbildung auf Unternehmensebene (Kofinanzierung)

- Erhöhung der globalen öffentlichen Finanzierung "Kofinanzierung berufliche Weiterbildung" für Unternehmen ("kollektiver Zugang")
- Erhöhung der Kofinanzierungssätze für KMU sowie für bestimmte zielgerichtete Schulungen in den Bereichen "Digitalisierung" und "Corporate Social Responsibility" (CSR) (u.a. Umweltwandel)
- Einführung des Prinzips der "tiers payant" für den kollektiven Zugang zur Fortbildung (u.a. Gutscheine)
- Einbeziehung der Kosten für Schulungs- und Karrierepläne in die kollektiven Hilfen
- Öffnung der Hilfen für Selbstständige
- Reform der Kriterien für die Berechtigung zur "on-the-job" Fortbildung (innerhalb des Unternehmens)
- Grundsatzentscheidung, Hilfen steuerfrei zu machen
- Digitalisierung des Verfahrens zur Beantragung von Kofinanzierung für die berufliche Weiterbildung

8

Durch Stärkung des Images des Handwerks in Luxemburg

- Fortsetzung der Initiativen zur Förderung der "Werte" des Handwerks bei jungen Menschen auf allen Bildungsebenen (frühkindliche, Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung)
- Verstärkung der Maßnahmen zur Integration handwerklicher Themen in Rahmenlehrpläne (u.a. Grundschulbildung)
- Fortsetzung der Reform des Meisterbriefs und Wertschätzung dessen in der luxemburgischen Gesellschaft.

II. Stärkung der Attraktivität des Handwerks in einem Kontext tiefgreifender Veränderungen...

Wie die Wirtschaft insgesamt hat das Handwerk mit vielfältigen Herausforderungen zu kämpfen: der COVID-19-Pandemie, den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts auf die Preise von verschiedenen Produkten und Materialien, der galoppierenden Inflation sowie der schrittweisen Vorbereitung auf den Übergang zur Energieumstellung zur Bekämpfung des Klimawandels.

Angesichts dieser schwierigen Situation hat das Handwerk bislang erfolgreich agiert, was auch seine Krisenfestigkeit beweist. Jedoch muss sich der Sektor, um seine Nachhaltigkeit zu gewährleisten, auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen vorbereiten. Unter anderem muss er attraktiver werden, um Talente und starke, motivierte und dynamische Profile anzuziehen. Eine zentrale Komponente stellt die

Aufwertung des Status als Selbstständiger dar, die die Gründung von Unternehmen und das Unternehmertum im Allgemeinen in Luxemburg ankurbeln sollte.

Die Stärkung der Attraktivität des Sektors erfordert unweigerlich eine Verbesserung der Produktivität. Eine wesentliche Herausforderung für die kommenden Jahre wird darin bestehen, die sogenannten traditionellen Handwerksaktivitäten zu "modernisieren", die oft durch eine hohe Arbeitsintensität gekennzeichnet sind. Da eine sehr fortschrittliche Digitalisierung oder Automatisierung in diesen Aktivitäten nicht in allen Bereichen umsetzbar sein wird, wird es in Zukunft darauf ankommen, das Innovationspotenzial zu ermitteln, das eine Steigerung der Produktivität und damit des Mehrwerts in den traditionellen Sektoren unterstützt. Es sollte betont werden, dass eine Erhöhung der Produktivität die Investitionskapazitäten der Unternehmen stärkt und Fortschritte auf dem Gebiet der Lohnpolitik ermöglicht, was wiederum die Attraktivität des Sektors erhöht.

Um in Zukunft ein nachhaltiges und möglicherweise qualitativ hochwertigeres Wirtschaftswachstum zu fördern, ist es für das Land und folglich auch für KMU im Handwerksbereich von entscheidender Bedeutung, alle Investitionsanstrengungen zu unterstützen. Daher wird es wesentlich sein, ein rechtliches Rahmenwerk und die erforderlichen Strukturen zu schaffen, um Handwerksunternehmen zu befähigen, künftigen Herausforderungen insbesondere in Bezug auf die Entwicklung ihrer Marktanteile in einer Umgebung mit hohem Wettbewerbsdruck zu begegnen.

9

Durch Anziehung und Bindung von "handwerklichen" Talenten in einem Kontext des akuten Mangels an qualifizierten Arbeitskräften

- Entwicklung einer echten "nationalen Strategie zur Anziehung von Talenten nach Branchen (z.B. Handwerk)"
- Herausstellung der Wettbewerbsvorteile von Beschäftigung in Luxemburg
- Substanzielle Reform und Entlastung der Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt für Drittstaatsangehörige
- Schaffung von "Internationalen Business Hubs" in Zielländern für die Rekrutierung, um den luxemburgischen Arbeitsmarkt zu fördern

10

Durch Einführung neuer Finanzierungsmittel

- Erhöhte Förderung von "Crowdfunding" durch Einführung eines luxemburgischen "Tax Shelter"
- Förderung des Modells "partizipativer Unternehmenskredite" als alternatives Mittel zur langfristigen Finanzierung
- Stärkung der Unterstützung von Bürgschaftsgenossenschaften (um Ausfälle bei erhöhten Ausfällen in Krisenzeiten oder bei höheren Risikodossiers abzudecken)

11

Durch Förderung des Energie- und Digitalwandels sowie der Unternehmensübertragung durch Steuermaßnahmen

- Einführung einer "Super-Abzugsfähigkeit" für den Energiewandel
- Einführung einer "Super-Abzugsfähigkeit" für die Digitalisierung
- Entwicklung eines attraktiveren Steuerrahmens für die Übertragung, insbesondere auf der Ebene der Verkäufer (im Hinblick auf Familienübertragungen oder interne Übertragungen durch Mitarbeiter des Unternehmens)

12

Durch Reform des staatlichen Beihilferegimes zugunsten von KMU

- Abschaffung der "Modicité-Regel" für kleine Unternehmen im Zusammenhang mit "Investitionsbeihilfen"
- Harmonisierung der Sätze der Beihilfeintensität für Investitionen
- Berücksichtigung von Kriterien der Lebensmittelsicherheit im Rahmen eines neuen "Lebensmittel-Sicherheits- und Qualitätsregimes"
- Vereinfachung der Unterstützung für junge Unternehmen

13

Durch die Wertschätzung des Status als Selbstständiger

- Einführung einer bedingungslosen Kumulierung zwischen Vorruhestandspension und Erwerbseinkommen durch Einführung einer einheitlichen Kumulierungsregel (für Selbstständige und Angestellte)
- Einführung einer besseren Definition des Status des helfenden Ehepartners durch Anpassung der maximalen Beitragsgrenze dieses Partners, Einführung eines Staffelmodells und Aufhebung des "Einkommensaufteilungsprinzips"
- Ausweitung des Nutzens aller Mechanismen der "Kurzarbeit", "Wetterschutz-Arbeitslosigkeit" und "Unfall- oder technische Arbeitslosigkeit" auf Selbstständige (durch Einführung eines Ersatzeinkommens)
- Einführung eines professionellen Umschulungsregimes für Selbstständige

- Aktive Förderung der Mitgliedschaft von Selbstständigen in der "Mutualité des Employeurs"

14

Durch Anpassung des Preisrevisionsmechanismus für Baustoffe bei öffentlichen Bauaufträgen

- Abschaffung der doppelten Schwelle zur Bestimmung, ob eine Preiserhöhung erheblich ist, indem nur eine einzige Schwelle für alle Bauaktivitäten vorgesehen wird, sowie Einführung eines Preisindex, der die tatsächliche Preisentwicklung besser widerspiegelt.

III. Die ökologische Transition zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstumsfaktor machen...

Die EU hat sich Ziele für das Jahr 2050 gesetzt und klargestellt, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine CO₂-Neutralität zu erreichen, da es notwendig ist, schnell zu handeln. Dieser Entschluss ist zu begrüßen und die in Luxemburg festgelegte Trajektorie ist angemessen. Mit der Verabschiedung des "3. Nationalen Plans für nachhaltige Entwicklung" (PNDD), des "Nationalen integrierten Energie- und Klimaplan" (PNEC), der Leitlinien für die Klimaneutralität bis 2050 sowie der "Strategie für eine Kreislaufwirtschaft in Luxemburg" wird eine Beschleunigung der Transition des nationalen Entwicklungsmodells zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft eingeleitet.

Das Handwerk ist ein Hauptakteur der ökologischen Transition der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Dekarbonisierung kann eine großartige Chance sein. Als Innovationsquelle für Handwerksbetriebe mit Lösungen kann es ein Faktor für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sein. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksunternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten gewahrt bleibt.

15

Indem man Unternehmen bei ihren Bemühungen zur Dekarbonisierung und zur Umsetzung eines umfassenderen Ansatzes der "Corporate Social Responsibility" (CSR) unterstützt

- Einführung neuer Instrumente mit Mehrwert, um Unternehmen zu informieren, zu sensibilisieren, zu beraten und zu begleiten ("Dekarbonisierung"), u.a. im Rahmen des "Klimapakts Unternehmen"
- Festlegung großzügiger staatlicher Beihilferegulungen zur Förderung der Energieeffizienz in Handwerksbetrieben (insbesondere Überarbeitung des Umweltschutzbeihilfegesetzes von 2017)
- Einführung eines attraktiven Förderregimes zur Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden (Gebäudehülle, technische Anlagen)
- Ausbau erneuerbarer Energien (u.a. Unterstützung von Investitionen in Batteriespeicher und erneuerbare Wärmeerzeugungsanlagen (Wärmepumpen, Holz, ...))
- Förderung der (elektrischen) Mobilität (u.a. Beschleunigung des Aufbaus einer öffentlichen Ladeinfrastruktur (Supercharger) in der Nähe von Grenzen), wobei man auch alternativen Technologien wie Wasserstoff oder Biokraftstoffen gegenüber offen bleiben soll
- Implementierung von Unterstützungs- und Begleitmaßnahmen für KMUs, insbesondere Handwerksbetriebe, bei der Umsetzung eines Ansatzes für "nachhaltige Entwicklung" und "Corporate Social Responsibility" (CSR)

16

Durch die Schaffung eines Rahmens zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft in Luxemburg

- Förderung von "Wiederverwendung" und "Reparatur" von Produkten durch Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 3 % auf alle Reparaturdienstleistungen sowie auf alle wesentlichen Arbeiten in Wohnungen (unabhängig vom Bau- oder Erwerbsdatum) und Erhöhung der Obergrenze auf 100.000 € pro Wohneinheit
- Einführung einer nationalen Reparaturprämie
- Einführung einer obligatorischen Regenwasserrückgewinnung für jeden Neubau eines Einfamilienhauses
- Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente zur Unterstützung des Übergangs zur Kreislaufwirtschaft (z.B. durch die Einrichtung eines Nullzinsdarlehensmechanismus)
- Überprüfung bestehender Förderregelungen, um spezifische Unterstützung für die Umsetzung der Kriterien der Kreislaufwirtschaft sowohl im Produktionsprozess als auch in der Unternehmensführung zu integrieren
- Bereitstellung technischer Unterstützung für KMU während des Übergangs
- Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Handwerks-KMUs zu Forschung und neuen Technologien sowie zur Erleichterung des Know-how-Transfers zwischen Forschungszentren und Marktteilnehmern
- Standardisierung der Anforderungen für kreislaufgerechtes Bauen in öffentlichen Ausschreibungen (über den CRTI-B)
- Schaffung eines günstigen rechtlichen Rahmens für die Wiederverwendung von zurückgewonnenen und recycelten Materialien und Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur (z.B. für Lagerung)
- Einführung von öffentlich-privaten Partnerschaften, um Unternehmen zu ermutigen, neue Geschäftsmodelle auf der Grundlage der Kreislaufwirtschaft zu entwickeln.

IV. Innovation und digitale Transformation als Wettbewerbsfaktoren nutzen ...

Durch die Schaffung eines förderlichen Umfelds für Innovation und Forschung in Unternehmen wird ihr Engagement in diesem Bereich erleichtert, was ihre Produktivität steigern wird. Innovation, insbesondere im digitalen Bereich, ist einer der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben außerhalb des Preiskampfes. Dies erfordert jedoch Investitionen, ohne systematisch auf gesetzliche oder regulatorische Hindernisse zu stoßen.

Handwerksbetriebe haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen im digitalen Bereich unternommen. Ende 2021 waren 84% der Handwerksbetriebe online präsent, 91% nutzen digitale Tools im täglichen Geschäftsablauf und 57% nutzen sie in Produktion oder Logistik. Darüber hinaus zeigen sie viel Innovationsgeist, wie die Rekordzahl an Bewerbungen für den « Innovation Award im Handwerk » 2022 zeigt.

Das Handwerk spielt eine wichtige Rolle im gesamten Innovationsprozess. Dies liegt an den Anwendungskompetenzen und dem Willen, kundenindividuelle Lösungen zu entwickeln. Handwerksbetriebe selbst wirken im Innovationssystem als Innovatoren, indem sie neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen entwickeln oder die Funktion des Technologietransfers ausüben, einschließlich der technologischen Anpassung. Dies bedeutet zum Beispiel, dass das Handwerk existierende Technologien analysiert, modifiziert und entwickelt, um ihre Verwendung in sehr spezifischen Anwendungsbedingungen bei professionellen oder privaten Endkunden zu ermöglichen.

Die KMU werden in ihren Bemühungen durch die von der Regierung aufgestellten Kofinanzierungsprogramme unterstützt. Obwohl die Programme SME Packages (ehemals Fit 4 Digital und Fit 4 Digital Packages) von Handwerksunternehmen stark nachgefragt werden, sind sie in Bezug auf Forschung, Entwicklung und Innovation weniger geneigt, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, die hauptsächlich von großen Unternehmen genutzt wird.

Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit zwischen KMU und Forschungsinstituten zwar im RDI-Gesetz wertgeschätzt, aber auf dem Terrain nicht ausreichend gefördert und oft nur "Start-ups" und anderen Industrieunternehmen vorbehalten.

Die Verwaltungsentlastung wird auch bei der Einführung neuer digitaler Technologien eine Schlüsselrolle spielen, sei es, um den Zugang zu verschiedenen Regierungsunterstützungsprogrammen zu erleichtern oder um die Einführung digitaler Schritte der Regierung zu fördern. Die Anwendung des Prinzips "Nur einmal" ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung.

Alle Regierungsinitiativen sollten im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf KMU durch einen "SME-Test" analysiert werden, unter Beachtung des Grundsatzes « Think small first ».

17

Durch Unterstützung von Innovation und Digitalisierung in Unternehmen

- Einrichtung eines "FabLab / MakerSpace PME", um PMEs die Möglichkeit zu geben, neue Technologien gemäß dem Prinzip "Test vor Investition" auszuprobieren
- Umsetzung von spezifischen Programmen "Künstliche Intelligenz, Internet der Dinge, Blockchain, etc." angepasst an die Bedürfnisse von PMEs
- Gewährleistung der Zugänglichkeit von Rechenzentren, Supercomputern usw. für PMEs
- Gewährleistung des diskriminierungsfreien Zugangs zu Daten für PMEs
- Anpassung des rechtlichen Rahmens an Fortschritte im Bereich der Technologie
- Überprüfung der Gesetzgebung zu verschiedenen staatlichen Unterstützungen im Bereich "F&E und Innovation"
- Erweiterung des Instruments "SME Packages" auf andere strategisch interessante Bereiche
- Förderung der Investition von PMEs in neue Technologien und leistungsfähige Software
- Vorschlag neuer Finanzierungsmethoden für neue Geschäftsmodelle

18

Durch die Reduzierung der administrativen Belastung für Unternehmen und die Vereinfachung von Verfahren

- Einführung eines "Think-Small-First" Ansatzes (über einen quantifizierten "Test-PME") durch zuständige Behörden bei der Ausarbeitung von Gesetzen und großherzoglichen Verordnungen
- Digitalisierung aller Genehmigungsverfahren zur systematischen Überwachung des Fortschritts von Anträgen ("Tracking")
- Anwendung des "Only Once"-Prinzips
- Anwendung der "Nur-die-Direktive"-Regel im Allgemeinen
- Festlegung nationaler Regeln, wo europäische Richtlinien oder Verordnungen die Definition von "PME-Ausnahmen" auf der Grundlage nationaler (sektoraler) Überlegungen zulassen
- Festlegung klarer und transparenter Regeln, insbesondere in Bezug auf Normen und Vorschriften
- Einhaltung des Prinzips der Integration unterschiedlicher Verfahren in ein einziges Verfahren oder alternativ die Organisation parallel laufender Einzelverfahren
- Umsetzung des Prinzips "Schweigen bedeutet Zustimmung" (Einführung von maximalen Fristen)
- Festlegung realistischer Fristen, gegebenenfalls mit der systematischen Einführung einer Prüfung der Vollständigkeit der Anträge.

V. Die Arbeitsorganisation den Herausforderungen der KMU in der "Arbeitswelt 4.0" anpassen...

Niemand kann mit Sicherheit sagen, wie die sozioökonomische Welt am Ende der nächsten Legislaturperiode oder in den nächsten zehn Jahren aussehen wird. Aber die Geschwindigkeit des Wandels lässt vermuten, dass er den Arbeitnehmern und Führungskräften zahlreiche neue Möglichkeiten und Herausforderungen bieten wird.

Die Wirtschaft durchläuft eine tiefgreifende Veränderung, die durch das Ziel der Dekarbonisierung und ökologischen Wiederaufbau geprägt ist. Gleichzeitig haben sich aufgrund der Pandemie die Bedürfnisse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinsichtlich Flexibilität verändert. Erstere streben nach einer flexiblen und agilen Arbeitsorganisation (in Bezug auf die Arbeitszeit), um den externen Druck von Kunden, Lieferanten und anderen Partnern zu bewältigen, während letztere eine optimierte Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben anstreben. All dies sollte langfristig zu einer Überarbeitung der Arbeitsorganisation im Rahmen eines internen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Dialogs führen, damit KMU widerstandsfähiger und anpassungsfähiger werden können.

In einer sich ständig verändernden Arbeitsumgebung müssen wir die neue Realität akzeptieren, dass Beschäftigung flexibler werden muss, sei es in Bezug auf ihre Formen, vertraglichen Rahmenbedingungen oder die eigentliche Organisation der Arbeitszeit. Diese verschiedenen Facetten der Flexibilisierung der Beschäftigung müssen berücksichtigt werden, wenn Luxemburg als attraktiver, wettbewerbsfähiger und wirklich grenzüberschreitender Arbeitsmarkt entwickelt werden soll.

Um eine resolut moderne Arbeitsumgebung im Einklang mit den Erwartungen der Zukunft vorzubereiten, ist es ebenso unerlässlich, neue Arbeitsformen zu schaffen, die die Garantien des sozialen Schutzes (für den "Arbeitnehmer") mit den Vorteilen der Arbeitsflexibilität (aus der Sicht des "Arbeitgebers") kombinieren.

Schließlich sollten neben der Modernisierung der Arbeitsbeziehungen auch der staatliche Sozialhaushalt sowie die sozialen Transferleistungen im weitesten Sinne nach Selektivitäts- und Nachhaltigkeitskriterien analysiert werden.

19

Durch die Umsetzung einer flexibleren Arbeitszeitorganisation, die den Bedürfnissen der Unternehmen entspricht

- Jahreszeitliche Anpassung der Arbeitszeit durch interprofessionelle Vereinbarung mit der Abschaffung des "Arbeitsplan (POT)"
- Einführung eines allgemeinen Modells zur Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation (OTT), das es dem Arbeitgeber ermöglicht (gemeinsam mit dem Arbeitnehmer) die wöchentliche Arbeitszeit vorübergehend zu erhöhen oder zu reduzieren.
- Einführung effektiver Maßnahmen zur Bewältigung von verschiedenen Phänomenen von Abwesenheit im Unternehmen (u.a. Krankheitsurlaub und Reform der Kontrollmechanismen)
- Umsetzung der oben genannten Maßnahmen (Jahreszeitliche Anpassung der Arbeitszeit, allgemeines Flexibilisierungsmodell der OTT,

Abwesenheitsmaßnahmen, etc.) vor jeder allgemeinen Maßnahme zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit (die isoliert betrachtet eine "rote Linie" für das Handwerk darstellt)

- Anpassung der Gesetzgebung zu "Überstunden" (im Zusammenhang mit der jahreszeitlichen Anpassung der Arbeitszeit und einem allgemeinen Flexibilisierungsmodell, siehe oben)
- Verallgemeinerung des Konzepts der "ergänzenden Arbeitsstunden" für Teilzeitarbeitsverträge
- Überarbeitung des Vertragsrahmens für Beschäftigung zur Sicherung einer flexibleren Arbeitsorganisation
- Förderung der Digitalisierung und Automatisierung der vielfältigen Arbeitswelt im Handwerk
- Abschaffung der Beschränkung von 4 Stunden Sonntagsarbeit
- Einführung der Möglichkeit für mehrere unbezahlte Pausen pro Tag

20

Durch die Modernisierung der Arbeitsbeziehungen und die Organisation des staatlichen Sozialhaushalts auf der Grundlage der Kriterien "Nachhaltigkeit - Selektivität"

- Lockerung der Beschränkungen für befristete Arbeitsverträge
- Reform der Bestimmungen zur Überwachung der Abwesenheit und Einführung von zwei Tagen Wartezeit
- Abschaffung des Erholungsurlaubs während Krankheitsurlaub
- Überarbeitung des Systems außerordentlicher Urlaubstage, um eine übermäßige Anhäufung mehrerer Urlaubskategorien zu vermeiden
- Sozialhaushalt: bessere Kontrolle der Ausgaben (die Hälfte des Staatshaushalts) durch Verweis auf gezielte Sozialpolitiken (Durchführung eines "Screenings" zur Bewertung der sozialen Selektivität von Sozialtransfers)
- Reform der SSM-Gesetzgebung unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung auf der Grundlage eines sektoralen Ansatzes und der Rentabilität der betroffenen Unternehmen
- Umsetzung von Maßnahmen zur Beseitigung von "Inaktivitätsfallen" (im Zusammenhang mit großzügigen gesetzlichen Ersatzeinkommen) und zur Belohnung des persönlichen Engagements der Arbeitnehmer (z.B. Reform des Steuersystems für Weihnachtsprämien)
- Sicherstellung eines leistungsfähigen Arbeitsmedizinsystems, sowohl auf Ebene der verschiedenen Arbeitsmedizindienste (STM, STI, ASTF, usw.) als auch auf Ebene der in Luxemburg anzubietenden Schulungen (Diplom- und Zertifizierungsschulungen) zur Sicherung der Arbeitsmedizin
- Förderung eines freiwilligen sektoralen "Sicherheits- und Gesundheitsmanagements" und von Initiativen, die das Konzept des "Wohlbefindens" am Arbeitsplatz unterstützen (z.B. psychosoziale Risiken)
- Vereinfachung der Verfahren für die Entsendung und Beseitigung von Hindernissen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitnehmern (im Hinblick auf die Großregion)
- Stärkere Verbindung zwischen Wirtschaftsbereichen und von der ADEM vorausgewählten Arbeitssuchenden
- Konsequente Unterstützung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (z.B. partielle Rente)

-
- Beibehaltung der Beitragsraten auf dem aktuellen Niveau im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Kosteneffizienz der Wirtschaft.

VI. Besseres Management der Auswirkungen des Wirtschaftswachstums (Aspekte der "Raumplanung") ...

Während das hohe Wirtschaftswachstum über einen sehr langen Zeitraum es Luxemburg ermöglicht hat, einen beneidenswerten Wohlfahrtsstaat zu schaffen, geht diese Entwicklung auch mit weniger wünschenswerten Nebenwirkungen einher: schwieriger Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, Verkehrsinfrastrukturüberlastung, Versiegelung von Flächen, zunehmende Verschmutzung usw.

Da es darum geht, eine effektive und vor allem kohärente Antwort auf diese Herausforderungen zu finden, wird die Raumordnung eine wichtige Rolle bei der Organisation und kohärenten Strukturierung des Raums spielen.

Die Enge des luxemburgischen Territoriums erfordert eine notwendige Abstimmung zwischen dem Bedarf an Naturschutz und den Bedürfnissen der Gesellschaft als Ganzes. Dies erfordert eine unverzichtbare Beherrschung von Problemen im Zusammenhang mit Mobilität, wirtschaftlicher Entwicklung und Wohnraum durch die Behörden.

21

Indem eine angemessene (bezahlbare) Wohnungspolitik entwickelt wird

- Erhöhung des Angebots an bezahlbaren Wohnungen durch eine konzertierte öffentlich-private Aktion: Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft der Handwerkskammer
- Unterstützung des Privatsektors beim Bau von Wohnungen für Arbeitnehmer
- Verringerung der Auswirkungen des Landpreises auf die Wohnungspreise (durch eine Reduzierung des Anteils des Landes an den Wohnungspreisen durch Erhöhung der Bebauungsdichte)
- Überprüfung durch die Gemeinden der maximal zulässigen Höhen (in Stadtteilen, wo dies angemessen erscheint); Bewusstsein dafür, dass bestimmte lokal durchgeführte Politiken dem Ziel der Verdichtung entgegenstehen
- Erforschung innovativerer Ansätze wie (i) die Untersuchung des Potenzials, das durch Hinzufügen eines weiteren Stockwerks in bestimmten Stadtteilen des Landes freigesetzt wird, oder (ii) der Bau funktionaler Gebäude mit Wohnungen
- Mobilisierung von Brachflächen ("Baulücken")
- Erweiterung der Siedlungsbereiche durch Entwicklungsverträge ("Baulandverträge")
- Einführung einer nationalen Steuer zur Mobilisierung von Bauland und Reform der Grundsteuer
- Gründliche Analyse der Maßnahmen der Immobilienbesteuerung
- Neuorientierung der individuellen Wohnungsbeihilfen
- Vereinfachung der Genehmigungsverfahren (im Bereich der Stadtplanung)

22

Durch die Entwicklung eines Angebots an Standorten, die den Bedürfnissen von Handwerksbetrieben entsprechen (insbesondere in regionalen Wirtschaftszonen)

- Erhöhung des Angebots an Grundstücken in dichteren Wirtschaftszonen
- Notwendigkeit, die Handwerkskammer in die Arbeiten der Kommission einzubeziehen, die bei Anfragen von Handwerksbetrieben zur Ansiedlung in regionalen Wirtschaftszonen ihre Stellungnahme abgibt.

23

Durch Priorisierung von Initiativen zur Förderung der Mobilität in Luxemburg

- Fortsetzung der Investitionsbemühungen in Verkehrsinfrastrukturen
- Schaffung notwendiger Austauschnotenpunkte zur Optimierung der Verbindungen
- Förderung der Elektromobilität (und jeder anderen innovativen Technologie gemäß dem Prinzip der technologischen Neutralität)
- Entwicklung einer Politik, die darauf abzielt, die ständige Bevölkerung bevorzugt in Ballungsräumen zu konzentrieren
- Durchführung spezifischer Maßnahmen, die sich insbesondere an Grenzgänger richten

24

Durch die Schaffung eines dezentralisierten Netzes von Deponien für inertes Material

- Schaffung ausreichender regionaler Deponien
- Festlegung nationaler Steuern für inertes Material
- Definition klarer Richtlinien, um den Transport von ausgegrabener Erde zu vermeiden

25

Durch Reduzierung spezifischer Verwaltungskosten im Bereich Stadtplanung und Vereinfachung der entsprechenden Verfahren

- Start einer echten Offensive zur Reduzierung von Kosten, Fristen und Komplexität im Bereich Stadtplanung und Umweltverfahren

VII. Den Aufbau eines modernen, fairen Staates sicherstellen, der Chancengleichheit garantiert...

Die Situation der öffentlichen Finanzen sollte nicht ausschließlich aus kurzfristiger Perspektive beurteilt werden. Dies gilt insbesondere für ein Land von der Größe Luxemburgs, für das es umso wichtiger ist, eine vorsichtige Haushaltspolitik zu betreiben, angesichts der zu bewältigenden Herausforderungen. Aus wirtschaftlicher Sicht zeichnet sich das Land (immer noch) durch eine starke Abhängigkeit vom Finanzsektor aus, der neben den konjunkturellen Schwankungen, denen er unterliegt, in Zukunft sicherlich auch strukturellen Veränderungen gegenüberstehen wird, angesichts der seit der Wirtschaftskrise von 2008 erkennbaren Trends, insbesondere einer verstärkten Transparenz, einer Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage und einer Konvergenz der Steuersätze (Steuererhebung orientiert an der wirtschaftlichen Substanz). Der Staatshaushalt profitiert von erheblichen Verbrauchsteuereinnahmen von Nichtansässigen (Erdölprodukte und Tabak), die angesichts politischer Trends, einer immer strengeren internationalen Umweltgesetzgebung und der Elektrifizierung von Fahrzeugen auf lange Sicht sicherlich nicht mehr garantiert sind. Es ist auch klar, dass die Energiewende die öffentlichen Finanzen belasten wird, da dieser Prozess von staatlichen Hilfen begleitet werden muss und die öffentlichen Behörden selbst in die Energieeffizienz ihrer eigenen Strukturen investieren müssen. Schließlich wird der demografische Wandel allmählich einen Anstieg der Ausgaben für ein Sozialsystem (Renten, Pflege & Gesundheit) bewirken, das zu den großzügigsten in den entwickelten Ländern zählt. Besondere Aufmerksamkeit sollte daher der langfristigen Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems gewidmet werden, insbesondere im Hinblick auf die intergenerationale Gerechtigkeit und ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu beeinträchtigen. In Bezug auf die Rentenversicherung sind entscheidende Reformen erforderlich, um angesichts der demografischen Entwicklungen und des sozialen Auftrags dieser Einrichtung eine massive finanzielle Belastung für zukünftige Generationen zu vermeiden.

26

Durch die Umsetzung einer antizyklischen Politik (die darauf abzielt, das Defizit schrittweise abzubauen und die Verschuldung in Zeiten hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten im kurz- und mittelfristigen Bereich zu reduzieren)

- Umsetzung einer antizyklischen Politik

27

Durch Priorisierung von Investitionsausgaben für die Zukunft

- Investitionen in die initiale Ausbildung
- Investitionen in die Weiterbildung
- Investitionen in Innovationen
- Investitionen in Forschung

28

Durch Kontrolle der laufenden Ausgaben durch verstärkte Digitalisierung der Verwaltung und moderate Entwicklung der Personalkosten

- Verstärkte Digitalisierung der Verwaltung
- Vereinfachung und Reduzierung der Verwaltungslasten
- Moderate Entwicklung der Personalkosten
- Reform der Karrieren im öffentlichen Dienst und bei den Gemeinden auf der Grundlage von niedrigeren Einstiegsgehältern und somit weniger attraktiv (im Wettbewerb mit dem privaten Sektor).

29

Durch Aufholen von Vergangenheitsdefiziten und Sicherstellung, dass das Volumen der öffentlichen Investitionen den Bedürfnissen entspricht

- Mehrjährige Programmierung des Volumens der öffentlichen Investitionen entsprechend den strategischen Bedürfnissen des Landes

30

Durch die Gewährleistung der Nachhaltigkeit des Rentensystems

- Anpassung der Berechnungsformel für Renten, um die Nachhaltigkeit des Systems zu gewährleisten
- Allmähliche Angleichung des effektiven Rentenalters an das gesetzliche Rentenalter
- Anpassung des Nettoumwandlungssatzes der Renten an den OECD-Durchschnitt
- Reduzierung der Höchstgrenze der Beitragszahlungen
- Einführung eines neuen Mechanismus zur Anpassung der Renten an die finanziellen Möglichkeiten des Systems
- Definitive und sofortige Abschaffung der Weihnachtsgelder
- Stärkung der dritten Säule des Rentensystems
- Einführung eines Systems "Teilrente - Teilzeitarbeit"

Über uns:

Die Handwerkskammer ist eine Berufskammer, deren Hauptziele die Vertretung und Verteidigung der Interessen des luxemburgischen Handwerks sind.

Als Wahlkörperschaft mit obligatorischer Mitgliedschaft ist die Handwerkskammer der institutionelle und offizielle Sprecher der 8.500 Handwerksunternehmen, die 103.000 Menschen beschäftigen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.cdm.lu